

Zypernrettung: Pathologischer Lernprozess

Bisher ist die noch junge Geschichte der Eurowährung die Geschichte seiner immer dramatischer ausfallenden Rettung. Daran wird sich auch nach dem Kompromiss für Zypern mit dem Ziel, den überdimensionierten Bankensektor abzuschmelzen, nichts ändern. Mit diesen hektischen, auch zynischen Rettungsaktionen werden die Ursachen der tiefen Euro-Systemkrise verdrängt, ja geleugnet. Die permanente Krisenanfälligkeit hat in den schweren Gründungsfehlern dieses Währungsraums ihre Ursachen. Während noch die 1988 eingesetzte Delors-Kommission einen Plan für den Aufbau der beiden Säulen Währungs- und Wirtschaftsunion in drei Stufen vorgeschlagen hatte, wurde das Projekt im Ende 1990 verhandelte Maastrichter Vertrag ausschließlich auf die monetäre Integration mit dem Epizentrum Europäische Zentralbank konzentriert. Auf Regelungen zum parallelen Ausbau einer Wirtschaftsunion verzichtet dieses Vertragswerk komplett. Die Vergemeinschaftung der Finanzpolitik der einzelnen Mitgliedsstaaten reduziert sich auch noch auf abenteuerlich begründete Kriterien zur Begrenzung der staatlichen Neu- und Gesamtverschuldung. Die absehbare Entwicklung einer Spaltung der realwirtschaftlichen Entwicklung unter dem Regime einer einheitlichen Währung hatte in diesem Modell „Monetarismus plus Binnenmarkt“ keinen Platz. Im Gegenteil, wenn ein Mitgliedsland fiskalisch und ökonomisch in die Krise geraten sollte, dann darf es von EU-Institutionen und den Mitgliedsländern nicht gerettet werden. Dafür steht die berühmt berüchtigte No-Bail-out-Klausel.

Die wachsende realwirtschaftliche Spaltung zwischen den Mitgliedsländern, auch durch die aggressive Exportpolitik Deutschlands vorangetrieben, die Finanzmarkt- und zuletzt die Bankenkrise haben in einem allerdings ziellosen und damit chaotischen Prozess die Abkehr von diesem fiskalischen Solidaritätsverbot erzwungen. Die Rettungsmaßnahmen kennzeichnen den mühsamen Lernprozess, der bis heute immer wieder durch die Ideologie von der gemeinsamen Währung ohne wirtschaftliche und politische Gemeinschaftshaftung gebremst wird. Die Begriffe dieses Lernprozesses sind: Rettungspakete, Europäischer Rettungsfonds, den Krisenländern verordnete Austeritätsprogramme, aber auch der Schuldenschnitt in Griechenland, d.h. eine Teilenteignung der Gläubiger. In diese Art des Lernprozesses ist jedoch wegen der Widerstände gegen eine Weiterentwicklung zur Wirtschafts- und Finanzunion eine fatale Logik eingebaut: Nach der Rettung ist vor der Rettung.

Diese Rettungsabfolge gilt auch für Zypern. Denn die wirtschaftsstrukturellen Folgen für Zypern aber auch der erzeugte Vertrauensverlust sind vom Retterkartell nicht einmal angedacht worden. Die neue Etappe dieses Lernprozesses am Beispiel Zyperns prägen sicherlich auch mutige Tabubrüche. Aber die dilet-

tantische Vorgehensweise der Euro-Retter prägte einen pathologischen Lernprozess.

Die wichtigsten Elemente sind:

- Erstens: Ob der Rauswurf Zyperns aus dem Euroland zu einer Systemkrise geführt hätte, ist umstritten. Gewiss ist jedoch, dass durch den ursprünglichen Vorschlag, auch die Kleinanleger mit 6,75 Prozent zu enteignen, das gesamte Eurosystem von einer tiefen Vertrauenskrise durchsetzt worden ist. Selbst der durch die EU versprochene Schutz der Einlagen bei Banken bis zu 100.000 Euro gilt vor dem Zugriff im Krisenfall selbst in Deutschland nicht mehr als glaubwürdig. Die als Euroretter Agierenden haben sich bis auf die Knochen blamiert und die Zukunft Europas schwer belastet.
- Zweitens: Erst durch massive Proteste nicht nur in Zypern gegenüber den über den Sozialabbau hinausgehenden Belastungen der Einkommens- und Vermögensschwachen hat die Streichung der Zwangsabgabe für Kleinanleger erzwungen. Jetzt soll der Bankensektor durch die Zerschlagung der bisher zweitgrößten Bank sowie die Rettung der „Bank of Cyprus“ durch die Aktionäre, Vermögenden und Anleger ab 100.000 Euro mitfinanziert werden. Diese Vergemeinschaftung der Kosten geht in die richtige Richtung. Allerdings bleiben die Steuerzahler im Umfang der zehn Milliarden Euro-Hilfe im Risiko. Das Geschäftsmodell, das Geldwäsche ermöglicht und steuerliche Vorteile in Konkurrenz zu anderen EU-Ländern bietet, belastet die Funktionsfähigkeit einer Währungsunion. Schleunigst muss die EU-Bankenunion, die die Restrukturierung des Bankensystems und einen von den Banken finanzierten Rettungstopf reguliert, verwirklicht werden.
- Drittens: Erstmals in der Geschichte der EU werden Kapitalverkehrskontrollen gegen Kapitalflucht eingeführt. Dabei schien der Artikel 65 des heutigen EU-Vertrags (AEUV), der Kapitalverkehrskontrollen „aus Gründen der öffentlichen Ordnung oder Sicherheit“ rechtfertigt, durch die Ideologie der segensreichen Wirkungen freien Kapitalverkehrs verdrängt worden zu sein. Bisher haben die marktgläubigen Euroretter dieses Instrumentarium abgelehnt. Dabei wäre dessen Einsatz bereits beim ersten Rettungsprogramm für Griechenland im Frühjahr 2010 sinnvoll gewesen. Wer die reichen Anleger in die Pflicht nehmen will, der muss ihnen die Kapitalflucht untersagen.

Am Ende dieses Rettungsdramas steht fest: Zypern ist mit diesem Bankenschnitt noch lange nicht über dem Berg. Zügig muss dem Verlust von Arbeitsplätzen in der Finanzindustrie durch den strukturellen Umbau der Wirtschaft entgegenge wirkt werden. Dabei wird die gesamtwirtschaftliche Entwicklung durch die verlangte „Gegenleistung“, Staatsausgaben vor allem im Bereich Soziales abzubauen und öffentliche Unternehmen zu privatisieren, zusätzlich belastet. Anstatt dieser Schrumpfpolitik bedarf es gesamtwirtschaftlicher Maßnahmen auch gegen die

durch den Rettungsschock drohende tiefe Rezession. Schließlich muss das durch diesen pathologischen Lernprozess zerstörte Vertrauen überwunden werden.

März 2013